Gesellschaft

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Beiheft zum Bündner Monatsblatt**

Band (Jahr): **3 (1993)**

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

V GESELLSCHAFT

1. BÜRGER UND BEISÄSSEN

In den Dörfern war die Unterscheidung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern sehr wichtig. Als Bürger verfügte man über eine Anzahl wichtiger Privilegien (Teilnahme an der Atzung, verbilligtes Holz etc.), auf die man als Landwirt im Haupt- oder Nebenberuf angewiesen war. In Ilanz zeigte sich das Problem der Bürgergemeinde anders. Da immer mehr Bürger im sekundären oder tertiären Sektor tätig waren, waren sie von den durch die Bürgergemeinde in Anspruch genommenen Privilegien nicht unmittelbar abhängig. Dennoch konnte ein Bürgerrecht der Stadt verschiedene Vorteile sichern. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl besass Ilanz wenig Bürger. Dies lag nicht nur am Durchgangscharakter des Ortes, sondern auch an der restriktiven Einbürgerungspolitik. Die Bürgergemeinde war protestantisch, und Katholiken wurden nicht ins Bürgerrecht aufgenommen. So mussten sich katholische Schweizer oder Ausländer, wie beispielsweise die Familien Pajarola, Geronimi und Cerletti, in verschiedenen Gemeinden der Umgebung einbürgern lassen.[246] Die meisten Einbürgerungen erfolgten im 19. Jahrhundert.[247] Dies war eine Zeit, in der der Zustrom aus der Umgebung nach Ilanz ständig wuchs und der Anteil der Katholiken in der Stadt zunahm.[248] Man wollte offensichtlich verhindern, dass sich der katholische Einfluss in diesem traditionsreichen, protestantischen Ort weiter vergrösserte. Die neuen Bürger stammten grösstenteils aus den umliegenden reformierten Orten wie Luven und Castrisch, aus dem Safiental und aus anderen protestantischen Gegenden des Kantons. Von 1873 bis 1917 wurde niemandem das Bürgerrecht erteilt. Der Kreis der Bürger blieb geschlossen (vgl. *Tabelle 13*[249]). Dem Bürgerrecht kam – sozial gesehen – gewiss eine Bedeutung zu. Es hob das Ansehen des einzelnen Bewohners. Die kleine Gemeinschaft der Bürger übte durch ihre Mitglieder einen mehr als angemessenen Einfluss in der Gemeindepolitik aus, dies vor allem durch ihre Vertretung im Stadtrat. Ökonomisch standen die Bürger im Durchschnitt sicher besser da als die Niedergelassenen. Sie verfügten häufig über Grundbesitz wie Häuser und eigene Geschäfte. Ausserdem beschäf-

tigten sie mehr Angestellte. Tendenziell gehörten sie also eher der Mittel- oder Oberschicht an.[250]

2. NIEDERGELASSENE UND AUFENTHALTER

Zu diesen beiden Kategorien gehörte in Ilanz der grösste Teil der Bevölkerung, zumindest nach der Jahrhundertwende. Nach den Volkszählungen betrug ihr Anteil im Jahr 1900 76,1% und im Jahr 1910 80,6%. Hier interessiert in erster Linie die Zahl der jährlichen Neuanmeldungen in den Niederlassungs- und Aufenthalterregistern.[251]
Die Anzahl der Niedergelassenen war sicher zu tief veranschlagt: Bei den Familien wurde jeweils nur der Mann gezählt, und in den Listen wurde die Anzahl der Familienangehörigen nicht genau verzeichnet. Dies ist hier jedoch nicht von Belang, denn es geht in erster Linie um die Entwicklung der Arbeitsplätze. Aus *Tabelle 14* geht hervor, dass die Zahl der Neu-Aufenthalter in den Jahren 1900–1903 mit 165 bis 314 Personen am höchsten war, sich dann auf einem Niveau von ca. 70 pro Jahr einpendelte und 1909/10 nochmals auf 100 pro Jahr stieg. In den Jahren 1911-1913 sank die Zahl wieder auf einen Durchschnitt von 70 und erreichte schliesslich im ersten Kriegsjahr einen Tiefpunkt von 46.[252]
Die Spitze bis 1903 ist vor allem durch den Bahnbau zu erklären. Gastarbeiter aus den norditalienischen Provinzen lebten und arbeiteten vorübergehend in Ilanz. Der geringere, aber doch bemerkenswerte Anstieg während der Jahre 1909 und 1910 kann dadurch erklärt werden, dass diese Jahre allgemein als gute Wirtschaftsjahre gelten. Ausserdem zeitigte die Tourismusförderung des Verkehrsvereins, im Zusammenhang mit der Eröffnung der Bahn, erste Folgen. Ein genauerer Blick in die Aufenthalterregister bestätigt diese These: Die Neuzuzüger dieser Jahre waren grösstenteils in Hotels und Wirtschaften, aber auch im sekundären Sektor, beschäftigt. Zudem waren nun bei der Rhätischen Bahn und bei der Post einige Mutationen zu verzeichnen. Der Rückgang der nächsten Jahre ist wohl mit der immer bedrohlicher werdenden politischen Situation einerseits und mit der von Jahr zu Jahr zunehmenden Plage durch die Maul- und Klauen-

seuche andererseits zu erklären. Gerade die letztere gipfelte im Jahr 1914 in einer langen Viehsperre und legte die Wirtschaft der Surselva und speziell des Marktortes Ilanz lahm.
Ausser aus italienischen Gastarbeitern rekrutierten sich die Aufenthalter zumeist aus Leuten der Seitentäler (Lugnez, Valsertal, Safiental, Cadi und Gruob). Sie arbeiteten in Ilanz als Knechte oder Mägde in der Landwirtschaft und bei Privaten, in Hotels, Wirtschaften und Läden. Sie bildeten ein Potential für diejenigen Hilfskräfte, die meist nur zeitlich begrenzt gebraucht wurden. Nach dem Arbeitsaufenthalt kehrten sie wieder in ihr Dorf zurück oder suchten sich anderswo Arbeit. Im Gegensatz zu den Fremdarbeitern waren sie in die Gesellschaft integriert. Eine Identifikation mit Ilanz als Ort kam aber nicht zustande.
Während die seit längerer Zeit – vielleicht schon seit ein, zwei Generationen – im Städtchen niedergelassenen Leute einen gesicherten Lebensunterhalt gefunden, sich integriert und sozial annähernd den Status eines Bürgers erworben hatten, mussten sich die Neu-Niedergelassenen erst zurechtfinden. Verglichen mit den Aufenthaltern verfügten sie aber über eine bessere Ausgangsbasis. Sie hatten in den allermeisten Fällen einen Beruf erlernt, der ihnen einen angemessenen Erwerb sicherte. Es waren oft Gewerbetreibende und Handwerker sowie Ärzte, Apotheker, Advokaten und Ingenieure.
Im Gegensatz zu den Aufenthaltern blieb die Anzahl der jährlichen Niederlassungen sehr konstant und bewegte sich zwischen 10 und 20. Dies lässt wiederum die Vermutung zu, dass es nicht gelang, weitere Dauerarbeitsplätze zu schaffen. In diesem Zusammenhang interessierte natürlich, wie lange sich die Neu-Niedergelassenen in Ilanz aufhielten. Mittels der Inhaltsanalyse ergab sich folgendes Resultat[254]:
41,2% der Neu-Niedergelassenen blieben lediglich bis vier Jahre am Ort, 28,7% davon sogar nur zwei Jahre. In absoluten Zahlen würde dies bedeuten, dass pro Jahr nur etwa 10 oder noch weniger Neuzuzüger in Ilanz eine bleibende Existenz fanden, die Abwanderung also in jedem Fall grösser war.

3. SCHICHTUNG

Im Laufe von wenigen Jahrzehnten wurde in der Surselva ein intaktes Sozialsystem aufgeweicht, und alte gesellschaftliche Gegebenheiten veränderten sich. Wohl hatte es in der Vergangenheit stets eine vertikale Mobilität gegeben. Durch Kriege, Krankheiten, Hunger und besonders Emigration war eine gewisse Bewegung vorhanden gewesen. Sie erfasste aber nie das ganze System oder stellte dessen Spielregeln in Frage. Der durch die Geburt zugewiesene Status innerhalb der Bevölkerung entschied massgeblich über den späteren Lebensweg. Daran änderte sich vorerst nicht sehr viel, doch war die Bevölkerung gezwungen, sich den Anforderungen der neuen Zeit zu stellen. Die Veränderungen in der Lebensweise waren nicht für alle gleich spürbar. Sicher veränderte sich der Alltag zuhinterst in einem Bergtal wenig, und doch verliessen Einwohner im Erwerbsalter das Dorf. Sie verdienten sich ihren Lebensunterhalt in Hotels, wo sie andere Lebensarten und soziale Realitäten kennenlernten. Die neugewonnene Lebenserfahrung vermittelte wahrscheinlich vielen auch eine andere Sichtweise der heimischen Dinge.
Die meisten Einwohner der Surselva brachten sich schlecht und recht durchs Leben.[255] Der grösste Teil der Bevölkerung kann der Unterschicht zugeordnet werden. In den Dörfern wie auch in Ilanz bezahlten die meisten Steuerpflichtigen keine Erwerbssteuer. Das heisst, dass ihr Verdienst unter den zu versteuernden Mindestbetrag fiel. Gutes Viehgeschäft und reichliche Ernten konnten das Einkommen sicherlich verbessern, doch war es durchaus möglich, dass sich die Lage im folgenden Jahr wieder ganz anders zeigte. Es hat sicher auch wohlhabende Bauern gegeben, aber ihre Zahl war klein.
Innerhalb des bearbeiteten Zeitraums hat sich die Unterschicht im Oberland vergrössert. Dazu beigetragen haben die insgesamt stagnierende Wirtschaftsentwicklung und die schlechten Arbeitsmöglichkeiten in der Region bzw. im Kanton. Die heimische Landwirtschaft konnte nicht beliebig viele Familienmitglieder ernähren, und die beschränkten Erwerbsmöglichkeiten brachten nur wenig Geld ein; ausserdem waren sie zu oft nur auf einige Wochen oder Monate beschränkt. Der Erste Weltkrieg mit der nachfolgenden Wirtschaftskrise verschärfte die Lage noch zusätzlich. Wenn auch die Bauern generell als Gewinner in

der ökonomisch schwierigen Versorgungslage des Krieges angesehen werden,[256] so gilt dies kaum für den durchschnittlichen Bündner Bergbauern, der fernab der Zentren als möglichen Absatzorten lebte.
Die Unterschicht war in Ilanz besonders breit. Hier gehörten ihr die Kleinbauern sowie die Vertreter der traditionellen Handwerksberufe (z.T. Halb- und/oder Störhandwerker) an. Den unteren Rand der Unterschicht bildeten die vielen Taglöhner, Knechte und Mägde sowie die Arbeiter. Hier findet sich auch der grösste Teil der Ausländer. Bürger sind hier eher selten vertreten.
Eine Mittelschicht existierte vor der Jahrhundertwende kaum. Die spezialisierten Vollhandwerker, wie zum Beispiel Schreiner, Flaschner, Maler etc., waren eine Erscheinung, die auf die Modernisierung und Öffnung zurückzuführen war. Die Lehrer befanden sich am unteren Rand dieser Schicht. Sie wurden nur für die Dauer des Unterrichts, also während des Winterhalbjahres, bezahlt. Den Sommer verbrachten sie entweder mit landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem eigenen Kleinbetrieb oder bei anderen Bauern und sehr häufig auch in der Hotellerie. Zudem fehlte ihrem Anstellungsverhältnis jegliche Sicherheit. Sie waren vielfach «Nomaden», die jeden Winter an einem anderen Ort unterrichteten und deshalb monatelang von ihren Familien getrennt lebten.
Der Hauptunterschied zwischen der Mittel- und der Unterschicht bestand in der Entlöhnung. Störhandwerker, Knechte und Mägde wurden zum Teil mit Naturalien, freier Kost und Logis entschädigt. Über grössere Geldmengen verfügten sie – ebenso wie ein durchschnittlicher Bauer – nur im Herbst. Im Gegensatz dazu war der regelmässige Lohn, das heisst regelmässige Einkünfte, das wesentliche Charakteristikum der Mittelschicht.
Die Oberschicht setzte sich einerseits aus den alteingesessenen aristokratischen Familien, andererseits aus reichen Kaufleuten, Unternehmern, Ingenieuren und Chefbeamten der Rhätischen Bahn in Ilanz zusammen. Ärzte, Advokaten und – wegen ihrer gesellschaftlichen Sonderstellung – zum Teil auch Geistliche gehörten ebenfalls dazu. In dieser Schicht war der Lohn kein entscheidendes Kriterium mehr; die diesbezüglichen Unterschiede waren gross. Der familiäre Hintergrund, Beziehungen, Bildung und Ausbildung waren bedeutender.[257]
Der Reichtum der alten Oberschicht beruhte auf dem Landbesitz. Ihre

Mitglieder waren Inhaber von grossen Gütern und so direkt mit dem bäuerlichen Leben verbunden. Der geistige Hintergrund der alten Familien war vielfältig. Studien und der Einsatz in fremden Diensten hatten die männlichen Familienmitglieder – häufig sogar die ganze Familie – ins Ausland geführt und ihren Horizont erweitert. Deutschland, Frankreich, Italien, Russland – das gesamte Europa war oft jahrelanger Aufenthaltsort. Ihre Häuser waren offen für Ideen und Menschen aus den verschiedensten Kulturen. Die Konfrontation mit dem Fremden und Anderen führte sie vielleicht gerade deswegen wieder ganz intensiv zu ihren Wurzeln zurück, vor allem zu den Ursprüngen ihrer romanischen Muttersprache. So sind unter ihnen die engagierten Kämpfer für die Erhaltung der in der Mitte des 19. Jahrhunderts extrem bedrohten Sprache zu finden.
Politisch erscheint die alte Oberschicht zumindest bis zum Niedergang des Liberalismus in Graubünden gespalten: Liberalismus und Konservativismus führten zu Brüchen in der Familie. Sie manifestierten sich hierzu als Generationenkonflikte zwischen Vater und Sohn[258] bzw. Mutter und Sohn.[259] Allerdings waren die Gegensätze beider Richtungen in der politischen Praxis oft nicht sehr gross. Betrachtet man z. B. das politische Programm von Alois Steinhauser, so mutet es zumindest aus heutiger Sicht doch sehr liberal an. Cadruvi spricht mit Recht von einem «program progressiv».[260]
Die Bedeutung dieser alten Oberschicht für die politische Entwicklung des Oberlandes während der Jahrhundertwende darf nicht unterschätzt werden. Männer wie Latour, von Toggenburg, Decurtins, Steinhauser, Vieli, Arpagaus, Schmid aus Vals und Oswald dominierten die eidgenössische sowie die kantonale Politik, und jeder versuchte auf seine Weise, in den schwierigen Zeiten des Umbruchs neue Wege für das Oberland zu finden.
Gesellschaftlich erscheint die alte Oberschicht recht kompakt. Verwandtschaftliche und freundschaftliche Verbindungen verknüpften ihre Mitglieder, wie folgende Beispiele belegen:[261]

1	Latour-*Latour,* Alois, von Brigels (1815–1875)	Schwager von Latour-Weker Caspar (2) Schwiegervater von Steinhauser-Latour Anton (4) Sein Schwiegervater war General Caspar Theodosius Latour, in päpstlichem Dienst.
2	Latour-*Weker,* Caspar (1827–1861)	Schwiegervater: Landammann Weker von Andiast. Schwager und Vetter von 1.
3	Decurtins-*Geronimi,* Kaspar (1855–1916)	Mutter: eine Tochter des Generals Caspar Theodosius Latour (vgl. 1). Neffe von 2. Geronimi: Kaufleute aus Ilanz.[262]
4	Steinhauser-*Latour,* Anton (1840–1915)	Schwiegersohn von 1.
5	Steinhauser-*Casanova,* Alois (1871–1918)	Casanova aus Obersaxen.
6	von Toggenburg-*von Mont,* Johann Rudolf (1818–1893)	Schwiegervater: Heinrich Johann von Mont, Freiherr zu Löwenberg von Schluein.

Den italienischen Einwandererfamilien Pajarola, Geronimi und Cerletti war es in Ilanz gelungen, sich innert weniger Jahrzehnte von einfachen Händlern zu reichen und angesehenen Kaufleuten emporzuarbeiten und in die Oberschicht aufgenommen zu werden. Dies war jedoch eine Ausnahme.

4. PROBLEMFELDER

Ilanz, erste Stadt am Rhein, eingebettet in eine schöne Landschaft mit fruchtbarer Erde und günstigem Klima, ist ein alter Verkehrsknotenpunkt, eine Stätte der Begegnung zwischen zwei Kulturen und Sprachen; ein Ort mit traditionell religöser Toleranz. Hier wurde die erste Bibel in romanischer Sprache gedruckt und in der Reformationszeit wurden wichtige Glaubensgespräche geführt.
So sieht das gängige Geschichtsbild von Ilanz aus.

Die politischen Kräfteverhältnisse waren über Jahrhunderte hinweg stabil gewesen, Konflikte waren wohl vorhanden, wurden aber durch integrative Momente überdeckt. Nun brach dies alles plötzlich auf.

4.1. Gemeindepolitik in Ilanz

Die Einwohnerversammlung wählte alle zwei Jahre jeweils am ersten Sonntag im März den Stadtammann, die vier Stadträte sowie ihre Stellvertreter und die Mitglieder der ständigen Kommissionen. Wiederwahl war zulässig.
Die Arbeit war nach Departementen aufgeteilt: Es gab ein Schul-, Wuhr- und Bau-, Polizei- und Kataster- sowie das Forstdepartement. Neben der Einwohnergemeinde bestand die Bürgergemeinde, der ein Bürgermeister vorstand, und die unter anderem für die Armenunterstützung zuständig war.
Um eine Herrschaft von Familienclans zu verhindern oder wenigstens zu beschneiden, durften Vater und Sohn bzw. Schwiegervater und Schwiegersohn sowie Brüder und Schwäger nicht gleichzeitig dem Stadtrat angehören.[263] Die Stadträte stammten durchwegs aus der Ober- und Mittelschicht. Verfolgt man die Protokolle, so erscheinen stets die gleichen Familiennamen. Dies heisst, dass die Gemeindepolitik eindeutig von diesen Schichten dominiert wurde.[264]
Der durchschnittliche Ilanzer Einwohner brachte für die Gemeindepolitik sehr wenig Interesse auf. Dem grossen Desinteresse an lokalen Problemen entsprach auch ein fehlendes Interesse an politischen Ämtern. Dies führte dazu, dass schliesslich auch diejenigen Schichten, die bisher solche Ämter bekleidet hatten, sich nicht mehr dafür interessierten. Die Gründe für das oben erwähnte Desinteresse waren jedoch in der Unterschicht einerseits sowie in der Mittel- und Oberschicht andererseits sehr unterschiedlich. Während sich die Unterschicht, die vielfach aus Zugewanderten bestand, in Ilanz noch nicht heimisch fühlte, hatten es die Mittel- und Oberschicht sichtlich satt, sich mit den wachsenden sozialen Problemen der Stadt auseinanderzusetzen. Dem Ansehen des Stadtrates hatte auch die sehr oft arrogante und moralistische Haltung gegenüber akut werdenden sozialen Problemen wie Armut, Alkoholismus etc. stark geschadet. Oft weigerten sich die Einwohner, Bussen zu bezahlen oder Anordnungen Folge zu leisten.[265] Da schliesslich nur noch mit Mühe Personen gefunden

werden konnten, die sich für die Gemeindeämter zur Verfügung stellten, wurde 1899 die Einführung des Amtszwanges erwogen. Eine entsprechende Verordnung wurde an der nächsten Einwohnerversammlung vorgelegt.[266] Ob der Amtszwang tatsächlich eingeführt wurde, liess sich nicht genau feststellen, da die Protokolle der Einwohnerversammlung im Archiv nicht mehr vorhanden waren. Höchstwahrscheinlich konnte er noch umgangen werden; in den Stadtratsprotokollen fehlen diesbezügliche Hinweise. Auf jeden Fall änderte sich an der spannungsgeladenen Situation in der Gemeinde nichts. Schlechte Sitzungspräsenz und Rücktritte während der Amtsperiode blieben an der Tagesordnung. Oft mussten Sitzungen vertagt werden, weil das Quorum nicht zustande kam.[267] Die Lage spitzte sich 1908/09 dermassen zu, dass das Protokoll vom 4. Mai 1909 von einem «partiellen Amtsstreik» spricht. Der damalige Stadtammann Geronimi erklärte seine Amtstätigkeit als bis auf weiteres eingestellt, und auch der Vizestadtammann Oswald weigerte sich, die Geschäfte weiterzuführen. Die übrigen Stadträte benachrichtigten die Regierung und beriefen eine Einwohnerversammlung ein. Damit die wichtigsten Gemeindeangelegenheiten geregelt werden konnten, und um die Stadträte zu entlasten, wurde die Stelle des Stadtschreibers geschaffen. Er sollte an den Sitzungen das Protokoll führen und dabei beratende Stimme haben. Daneben musste er selbständig das Militär- und Zivilstandswesen führen, eventuell auch noch die Kauf- und Pfandregister. Der erste Stadtschreiber trat schon ein Jahr nach seiner Wahl wieder zu rück.[268] Der Stadtrat wollte nicht auf eine von ihm geforderte Reduktion der Bürostunden eingehen. Ob dies der Hauptgrund war, oder ob allgemein Differenzen bestanden, ist nicht klar. Offensichtlich war das politische Klima sehr schlecht. Auch der Waldchef war zurückgetreten. Er gab an, er habe mit den Kreis- und Kantonalbehörden nicht zusammenarbeiten können; man habe ihn «chicaniert».[269]

Eine Totalrevision der aus dem Jahr 1891 datierenden Stadtverfassung, die im Hinblick auf die chaotischen Zustände in der Gemeinde geplant wurde, erfasste die Wurzel des Übels nicht. Solange die sozialen Missstände nicht wirkungsvoll bekämpft wurden, war es unmöglich, das politische Klima der Gemeinde zu verbessern. Daran konnte auch die Anstellung des Stadtschreibers nichts ändern, wenn

auch zweifellos die Schaffung dieser Stelle die wachsende Arbeit bewältigen half.

4.2. Das Armenwesen

Über die Armenfürsorge heisst es bei Pieth:
«Allzu lange war diese den Gemeinden anheimgestellt geblieben. Diese bemühten sich nicht, sie zu organisieren und nach bestimmten Grundsätzen zu regeln. Eher überliessen sie die Notleidenden ihrem Schicksal oder bewogen sie zur Auswanderung.»[270]
1839 wurde vom Stand Graubünden eine Armenkommission eingesetzt. Diese hatte jedoch nur ungenügende Entscheidungsbefugnisse, und im Kampf gegen die weit verbreitete Armut – in Strada, Vals und Cazis betrug die Zahl der Armengenössigen etwa 50% – war sie ein ineffizientes Instrument.[271] 1857 wurde die Armenfürsorge gesetzlich verankert. Die Armenverordnung verpflichtete die Gemeinden, «...hilflosen Armen, Altersschwachen, Gebrechlichen, armen Kranken, verwaisten und verwahrlosten Kindern, inner- und ausserhalb der Gemeinde notdürftigen Lebensunterhalt zu bieten.»[272] Dazu sollte ein Armenfonds errichtet und geäufnet werden, der von einer Kommission verwaltet würde. Pieth meint, damit seien die Einrichtungen für eine menschenwürdige Armenpflege bereitgestellt worden. Gerade das Beispiel von Ilanz zeigt aber, dass die gesetzliche Verankerung nicht genügte. Verschiedene Unklarheiten über die Pflichten der Einwohner- und der Bürgergemeinde, der Wohn- und Heimatgemeinde und den Armengenössigen traten gerade hier, wo die Zuwanderung aus der Umgebung sehr bedeutend war, deutlich zutage. So mussten Notleidende allzu oft sehr lange auf Armenunterstützung warten. Zunächst wurde von Ilanz stets die jeweilige Heimatgemeinde angeschrieben, da diese in erster Linie für die Armenunterstützung zuständig war. Ein Fall aus dem Jahr 1881 soll diese Schwierigkeiten verdeutlichen: Eine in Ilanz wohnhafte Familie beantragte Armenunterstützung. Die Gemeinde gelangte an die Heimatgemeinde, die eine Unterstützung ablehnte. Der Bürgerrat wünschte, dass der Stadtrat beim Kleinen Rat vorstellig werde und Beschwerde erhebe. Der Stadtrat wies die Angelegenheit wiederum an den Bürgerrat zurück, Begründung, er sei dafür nicht zuständig.[273] Einer Protokollnotiz des gleichen Jahres ist zu entnehmen, dass sich die Ausgaben

des Armenfonds im Rechnungsjahr 1880 auf 497.45 Franken beliefen, was angesichts der Bevölkerungszahl und der schlechten wirtschaftlichen Lage als sehr dürftig betrachtet werden muss.[274]
Seit dem Jahr 1906 wurde in Ilanz vom Bau eines Armenhauses gesprochen. Ein Bedarf dafür bestand durchaus,[275] das alte Armenhaus in Portasura, das genügte nicht mehr und wurde 1908 abgerissen.[276]
Im gleichen Jahr heisst es in einem Stadtratsprotokoll:
«Das Resultat der diesbez. gepflogenen Diskussion äussert sich zu einem Antrag an die löbl. Einwohnergemeinde in dem Sinne, dass der Stadtrat grundsätzlich am Bau des Armenhauses festhalte, dass aber mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage des Ortes und auf das Nichtbedürfnis des Baues von der Genehmigung der Pläne, sowie von der Ausführung des Baues abstrahiere und dass der zum Armenhausbau gesammelte Fonds weiter geäufnet werde bis zu dem von der Gemeinde zum Bau bewilligten Betrag.
Das von Seiten des H. Bürgermeister Schöllkopf gestellte Gesuch, dass zur Unterbringung eventueller Armengenössiger je nach Bedarf ein oder mehrere Zimmer gemietet werden sollen, wird in Beratung gezogen ohne Beschlussfassung.»[277]
Dass innerhalb von zwei Jahren das Bedürfnis nach einem Armenhaus in Ilanz plötzlich hinfällig geworden sein soll, scheint äusserst unglaubhaft. Armengenössig sein war ein Status, der zunächst vom Stadtrat in einem sog. Armutszeugnis attestiert werden musste, somit also eine steuerbare Grösse. Die sozialen Missstände, die in zahllosen Protokollen des Stadtrates beschrieben werden, sprechen eine andere Sprache. Die Motive für die stetige Verschiebung des Projektes wurden aber erst später deutlich: Im Jahr 1911 beschloss die Einwohnerversammlung, den bisherigen Armenhausfonds, der inzwischen die stattliche Höhe von 20000 Franken erreicht hatte, auf das Wuhrkonto der Stadt zu überweisen. Ob dieses Vorgehen rechtlich einwandfrei war, ist sehr zweifelhaft. Es gab indessen kein gerichtliches Nachspiel, auch dem Kanton gegenüber konnte das Vorgehen glaubhaft gemacht werden.[278]
Das gesamte Ilanzer Armenwesen erscheint sehr zwielichtig. Die Gemeindebehörden waren blind gegenüber sozialen Problemen, und auch das Einvernehmen mit dem Kanton war stark gestört. So sah sich im Jahr 1906 Regierungsrat Stiffler veranlasst, sich über die schlechte

Verwaltung des Ilanzer Armenfonds zu beschweren.[279] Der Stadtrat stellte daraufhin fest, all dies habe mit der Stadtverwaltung nichts zu tun und bezichtigte ihn zusätzlich«der majestätischen Grobheit».

4.3. Wirtshäuser

Im Jahr 1899 existierten in Ilanz 24 Wirtshäuser und zahllose Ausschankgelegenheiten über die Gasse,[280] d.h., dass es eine Wirtschaft pro 40 Einwohner gab.[281] Selbst wenn die zentrale Lage von Ilanz berücksichtigt wird, ist diese Zahl doch als reichlich hoch zu bezeichnen.
Der Wirteberuf bot im allgemeinen einen recht guten Lebensunterhalt. Allerdings gingen die meisten Wirte noch zusätzlich anderen Erwerben nach. Durch die wachsende Anzahl der Wirtschaften und Ausschankgelegenheiten im Städtchen wurde die Konkurrenz offensichtlich spürbar. Der 1904 gegründete Wirteverband legte im Jahr 1911 gegen die Eröffnung einer neuen Wirtschaft Rekurs ein.[282] Ob für die vielen Wirtewechsel nur eine Verschlechterung der Verdienstmöglichkeiten verantwortlich gemacht werden kann, erscheint sehr fraglich. Es ist allerdings auffallend, dass nur gewisse Wirtschaften überdurchschnittlich viele Wechsel zu verzeichnen hatten, und dass dies offenbar auch mit dem Gästekreis in Zusammenhang stand. Diesbezüglich besonders auffällig war die «Alpenrose», die in einem Protokoll des Stadtrates als «Italienerwirtschaft»[283] bezeichnet wurde. Sie war – offenbar zusammen mit der «Wirtschaft Faoro» in St.Niklaus, die auch vielen Hausierern als Unterkunft diente – ein Treffpunkt der Italiener und gab Anlass zu diversen Skandalen wie Nachtruhestörungen etc.
Die Wirtshäuser in Ilanz besassen ausserdem auch eine soziale Funktion: Sie boten vielen Knechten, Taglöhnern und Arbeitern, die über kein Heim verfügten, einen Treffpunkt. Das gesellige Beisammensein mit ausgiebigem Alkoholkonsum liess die Probleme für kurze Zeit kleiner erscheinen.
Alkoholkonsum und -missbrauch waren hier – wie auch anderswo im Kanton – merklich gestiegen. Die Behörden setzten deshalb im Jahr 1900 ein neues kantonales Wirtschaftsgesetz mit schärferen Bestimmungen in Kraft.[284] Ob es zur Bekämpfung des Alkoholismus beitrug, bleibe dahingestellt. Der Stadtrat war für die Erteilung von Wirtschaftspatenten verantwortlich und kassierte Bussen. Um ein Wirt-

schaftspatent zu bekommen, mussten folgende Bedingungen erfüllt sein: Man musste volljährig sein, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und einen guten Leumund vorweisen können. Gerade die Erteilung oder Nichterteilung des Leumundszeugnisses durch den Stadtrat sorgte immer wieder für Konflikte. Wenn es dem Ehemann verweigert wurde, bewarb sich oft die Ehefrau darum. Die Durchsetzungskraft des Stadtrates war auch in diesem Sektor im allgemeinen gering. Die Verletzung von Bauvorschriften (speziell im sanitarischen Bereich), der unerlaubte Verkauf von geistigen Getränken, illegales Wirten, die Abgabe von geistigen Getränken an Betrunkene, Nachtruhestörungen und Überschreitungen der Polizeistunde waren an der Tagesordnung. Basierend auf dem Wirtschaftsgesetz wurde 1907 in Ilanz ein neues, abgeändertes Wirtschaftsregulativ in Kraft gesetzt, das zahlreiche schärfere Bestimmungen enthielt. Es wurde im Stadtrat allerdings nur knapp angenommen, nämlich mit vier gegen drei Stimmen. Dies zeigt die Spaltung der Gemeinde auch in dieser Hinsicht deutlich. Auf der einen Seite standen gesundheitspolitische Bedenken, auf der anderen wirtschaftliche Interessen.[285]

Wie schwierig es für den Stadtrat war, in einer sozial derart gespannten Lage richtig zu handeln, sollen die folgenden Beispiele zeigen:

1911 schlug ein Wirt alles kurz und klein und bedrohte Frau und Kinder.[286] Der Stadtrat ermahnte den Betreffenden mehrmals, was aber nichts nützte. Man beschloss darauf, dem Mann die Wirtschaftsbewilligung zu entziehen, sobald die geflohene Frau wieder daheim wäre und für den Betrieb die Verantwortung übernehmen könnte. Der Polizeidiener sollte das Verhalten des Wirts täglich beobachten und allenfalls Meldung erstatten.[287] «Die öffentliches Ärgernis erregenden Szenen» in der betreffenden Wirtschaft setzten sich aber fort. Der Stadtrat kam überein, die mittlerweile zurückgekehrte Frau hätte den Haushalt bis am anderen Morgen zu verlassen; andernfalls würde die Wirtschaft amtlich geschlossen. Den Wirt sollte man, falls er sich weigerte, in Arrest nehmen.[288] Dieser reichte daraufhin beim Kleinen Rat einen Rekurs ein, der gutgeheissen wurde. Ob er sich nun im Recht befand oder nicht, der Stadtrat war einmal mehr desavouiert.[289]

Ein anderer Wirt wurde unsittlicher Handlungen gegenüber einer Anzahl Kinder und halbwüchsiger Jugendlicher bezichtigt. Auch über seine Frau kursierten Gerüchte, die auf einen unseriösen Lebenswandel

hindeuteten. Der Stadtrat beschloss, auch hier eine Verwarnung auszusprechen und allenfalls einen Patententzug sowie eine Untersuchung durch das Kreisamt anzuordnen.[290]
Zwei Beispiele, die das sozial und politisch stark gespannte Klima in der Gemeinde und das Misstrauen gegenüber den Stadtbehörden dokumentieren.

4.4. Das Alkoholproblem

1911 stand Ilanz im Rampenlicht der Alkoholismusdiskussion. Den Anlass dazu gab die folgende Meldung im «Freien Rhätier»:
«Aus Ilanz kommt die Kunde von einem Totschlag. Am Sonntag Morgen wurde die Ehefrau eines gewissen Bertogg von Seewis i.O., Ursula, geb. Casutt von St.Martin, erschlagen in ihrer Wohnung aufgefunden. Der Verdacht richtete sich sofort gegen ihren Mann. Es gelang der Kantonspolizei, ihn im Laufe des Tages in Tamins ausfindig zu machen und zu verhaften. Zuerst leugnete er, aber am andern Morgen legte er ein Geständnis ab. Dieses geht in der Hauptsache dahin: In der Freitagnacht habe er mit der Frau schwer Streit gehabt und am Morgen früh habe er in der Wohnung 2 Dezi Schnaps getrunken. Bald darauf habe er die Frau, als sie sich zufällig gebückt hatte, durch zwei Schläge niedergeschlagen. Nach der Tat habe er den Ort verlassen und sei talabwärts gewandert, doch nicht eigentlich um zu entfliehen: er sei sich wohl bewusst gewesen, dass man ihn holen werde. – Seine Darstellung geht auf den Totschlag hinaus. Ob nicht dennoch Verdacht auf Mord vorliegt, wird die Untersuchung klarzulegen haben.
Bertogg ist geboren 1873. Er ist zum zweitenmal verheiratet. Von Beruf ist er Knecht, Kasserollier und Heizer. Zweifellos ist er Alkoholiker. Mit seiner Frau hat er viel in Streit gelebt. Die ganze Woche hat er nicht gearbeitet. Die wüste Tat geschah mittelst einer Axt.
NB. Nach einer weiteren Meldung soll B. der toten Frau ihr erspartes Geld, das sie auf sich trug, abgenommen und es mitgenommen haben.»[291]
Eine Woche später erschien im gleichen Blatt ein Kommentar. Er stellte dieses Ereignis in einen Gesamtzusammenhang und bestätigte die Verhältnisse, die durch die diversen Stadtratsprotokolle angedeutet wurden, abermals.

«Wer mit den Verhältnissen von Ilanz und Umgebung einigermassen bekannt ist, wundert sich über den in Nr. 280 des 'Fr. R.' gemeldeten Totschlag keineswegs. Man muss sich vielmehr darüber verwundern, dass nicht mehr solche Fälle vorkommen. Es ist nun mehr eine unbestrittene Tatsache, dass der Alkohol in der ersten Stadt am Rhein eine grosse Rolle spielt und wehe dem, der nicht mitmacht oder es wagen sollte, derartige Zustände zu tadeln!
Mindestens der vierte Teil der dortigen Bevölkerung befasst sich direkt oder indirekt mit dem Vertrieb alkoholischer Getränke. Was wohl kaum anderswo vorkommt, ist hier zu finden: eine Brennerei und eine Limonadenfabrik in einem Betrieb vereinigt. Man sollte glauben, zirka 20 Wirtschaften in einer Ortschaft mit weniger als 1000 Einwohner würden nicht bestehen können. Dem ist aber nicht so. Im Laufe der letzten Jahre sind zu den bereits bestehenden noch neue aufgetan worden. Der Eigenschaft als Marktort und Zentrum des Bezirks Glenner hat Ilanz nicht nur seinen Reichtum an Wirtschaften und 'Lädeli' zu verdanken, sondern auch viele Gewerbetreibende sind hier niedergelassen: vom Stallknecht bis hinauf zu den obersten Berufsarten finden wir hier Vertreter. Es wird behauptet, dass manche dieser Vertreter mindestens alle 2–3 Tage sämtlichen Wirtschaften einen Besuch abstatten, weil sie, wie sie angeben, sonst nichts zu verdienen bekämen. Solche Zustände lassen tief blicken und es ist ganz begreiflich, dass hie und da einer an seiner Rundreise durch die Wirtschaften und Schnapslädeli der Stadt die ganze Woche genug zu tun hat, d. h. dass er eben während der ganzen Zeit so ein Alkoholiker abgibt wie unser Bertogg, der seine Frau erschlagen hat, ist ebenso leicht verständlich. Solange es aber nur beim sogenannten mässigen Trinken bleibt, wenngleich daheim Frau und Kind darben, weil eben der ganze Verdienst ins Wirtshaus wandert, wenn diese oft genug statt Brot nur schnöde Worte und sogar bittere Schläge erhalten, gilt einer hierzulande immer noch als wackerer Mann. Hie und da entschliesst sich noch einer rechtzeitig eines Besseren, er tritt einem Abstinentenverein bei und wird dadurch wieder seiner Familie ein besorgter Vater. Die Gesellschaft und die öffentliche Meinung können aber diesen Schritt nicht billigen. Man sucht durch alle erdenklichen Mittel den Mann wieder 'vernünftig' und wenigstens einem guten Tropfen wieder zugänglich zu machen und leider oft genug sind solche 'wohlge-

meinten' Bemühungen erfolgreich. Wahrlich, wo solche Zustände bestehen, können Männer, die es mit dem Volke wirklich gut meinen und in Wort und Schrift sich dagegen auflehnen, nichts ausrichten. Ihre Worte gleichen einem Tropfen frischen Quellwassers, der ins Meer gegossen, von der salzigen Flut verschlungen wird. Ihrer sind zu wenige im Kampf gegen den Drachen Alkohol, der an des Volkes Wohlfahrt Jahrzehnte und Jahrhunderte lang nagt und nicht nur die untern Klassen, sondern auch die sog. besseren Stände in seine Fangarme genommen hat.
Wo sind die Volksbeglücker, die jeweils bei gewissen Wahlanlässen auf ihre Geneigtheit und Wohlmeinenheit dem Volke gegenüber so laut pochen, im Kampf gegen den Alkohol? Wäre es nicht heilige, ihnen vom Gesetze übertragene Pflicht, nicht nur die armen Opfer des Alkohols dem Richter zu überliefern, sondern die Wurzeln des Übels auszureissen, welche gewöhnlich ganz anderswo als im Hause des Mordes zu finden sind? Wenn die unglückliche Tat dieses Trunkenboldes die zuständigen Behörden aus ihrem, wie es scheint, tiefen Schlaf aufwecken und veranlassen würde, durch geeignete Mittel dem Alkoholismus auf den Leib zu rücken, so hätte dies doch etwas Gutes zur Folge.»[292]
Präzis und sehr interessant ist die Schilderung der Ilanzer Zustände. Der Autor begriff aber – wie übrigens auch die kantonalen Behörden– den Alkoholismus nicht als ein v.a. gesellschaftliches Problem, das auf Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Armut beruhte, sondern als Laster, als moralisches Vergehen, als Sünde, der man als Christ nicht huldigen sollte. Dies zeigen auch schon die Begriffe, die im Zusammenhang mit dem Alkoholismus verwendet werden. Es wird vom «Feind Alkohol», vom «Drachen Alkohol» oder gar vom «Schnapsteufel» gesprochen.
Die schichtenspezifische Komponente des Alkoholkonsums wurde negiert. In der Oberschicht herrschten andere Trinksitten, und man verkannte die wichtige Rolle, die der Alkoholkonsum in der Unterschicht spielte. Man war geachtet, wenn man gerne einen hob und die Familie zuhause fest im Griff hatte; man galt als «wackerer Kerl».
Der Autor der Zuschrift sah äusserst klar, dass wirtschaftliche Interessen eine wirksame Alkoholismusbekämpfung erheblich hemmten. Auf den oben zitierten Artikel hin sah sich der Gemeindevorstand

gezwungen, eine schriftliche Replik zu erstatten. Die Zuschrift wurde vollumfänglich abgedruckt und lautete:
«In Nr. 284 Ihres Blattes erlaubte sich ein Einsender, die Verhältnisse in Ilanz und Umgebung zu kritisieren, wobei der Fall Bertogg ihm als Grundlage herhalten musste. Der Mann – offenbar ein Apostel der Temperenz-Liga – scheint seine Tugenden speziell auf diesem Gebiet entwickelt zu haben, währenddem ihm Wahrheitstreue und Objektivität, wie es scheint, unbekannte Grössen sind. Die Art und Weise, wie er die erste Stadt am Rhein in den Kot herunter zu zerren sucht und zwar eines zugelaufenen Säufers wegen, der übrigens nur kurze Zeit sich hier aufhielt und von welchem weder von seiner Frau noch von irgendeiner andern Person der Ortsbehörde irgendwelche Klagen eingingen, ist eine Frechheit und Unverfrorenheit sondergleichen.
Auf seine Unverschämtheit uns hier weiter einzulassen, halten wir einstweilen für überflüssig, indem dieselbe den Vorstand wirklich aus seinem, wie der Einsender glaubte, tiefen Schlaf weckte und ihn erkennen liess, dass ein solcher Verleumder gerichtlich zu verfolgen sei.
– Der Vorstand der Gemeinde Ilanz.» [293]
Um das Ansehen und die Ehre der Einwohner zu retten, erhob die Gemeinde Ilanz Klage.
Der Kampf gegen den Alkoholismus wurde auf politischer Ebene eifrig weitergeführt. Im Jahr 1909 ging es um die Verwendung des Alkoholzehntels. In einer Eingabe des bündnerischen Abstinentenverbandes vom 31. August 1909 hiess es, die betreffende Verordnung sei so zu revidieren, dass der Alkoholzehntel künftig ausschliesslich zur Bekämpfung des Alkoholismus' verwendet würde. Als Begründung diente die allgemeine Zunahme des Alkoholkonsums, namentlich des Schnapskonsums, im Kanton Graubünden. Da jede Gemeinde ihre Alkoholiker habe, müsse die Bekämpfung intensiver als bisher erfolgen. Der Alkoholismus bewirke Armut, Verbrechen und Irrsinn. Der Verband schlug den folgenden Verteilschlüssel vor:

1. Irrenversorgung 10%
2. Alkoholikerbesserung 55%
   a) Trinkerversorgung 10%
   b) Alkoholfreie Volkshäuser 10%
   c) Abstinentenvereine 35%
3. Kinderversorgung 40%
4. Volksbildung und Ernährung 5%

Als Maxime forderte er, dass das Übel an den Wurzeln gepackt und nicht nur die Symptome bekämpft werden sollten. Diese sehr fortschrittlichen Anregungen wurden teilweise in die neue Verordnung aufgenommen. Im Art. 2 wurde die Verteilung des Alkoholzehntels folgendermassen geregelt:

1. 25% zugunsten der Irrenanstalt Waldhaus

2. 20% zur Besserung unbemittelter Alkoholiker durch deren Unterbringung in Trinkerheilstätten und Korrektionsanstalten, zur Unterstützung alkoholfreier Volkshäuser und zur Bekämpfung des Alkoholismus durch Vereine

3. 50% zum Schutze und zur Versorgung der Kinder von Alkoholikern und verwahrloster und schwachsinniger Kinder armer Eltern

4. 5% zur Hebung und Förderung der Volksbildung und Ernährung.[294]

Im Jahr 1914 stimmten die Churer Einwohner über eine Initiative ab, mit der die Anzahl neuer Wirtschaften beschränkt werden sollte. Es sollten keine neuen Patente mehr erteilt werden, sobald es auf 200 Personen ein Wirtshaus gab und innerhalb einer Distanz von 50 m im Umkreis bereits eines bestand. Diese Initiative erregte die Gemüter und erzeugte einen lebhaften Abstimmungskampf. Sie wurde schliesslich mit 874 gegen 790 Stimmen abgelehnt.[295] Auch hier siegten also die wirtschaftlichen Interessen. Allerdings traten die Abstinentenverbände vermehrt ans Licht der Öffentlichkeit, und die kantonalen Behörden sahen sich gezwungen, etwas gegen den Alkoholismus zu unternehmen.

In den Dörfern und grösseren Ortschaften sah der Alltag der Betroffenen und der Gemeindebehörden wesentlich anders aus. Beispiele aus den Ilanzer Stadtratsprotokollen illustrieren dies drastisch. Wenn es nicht mehr zu vermeiden war, schrieben die Gemeindebehörden – analog zur Armengenössigkeit – den Heimatgemeinden der betreffen-

den Alkoholiker und baten sie, die Genannten in eine Trinkerheilanstalt einzuweisen.[296]
Im Jahr 1911 beklagte sich eine Frau beim Stadtrat über ihren stets betrunkenen Mann. Er habe sie schon mehrmals bedroht und trage das Geld regelmässig ins Wirtshaus. Der Stadtrat entschied, dass die Heimatgemeinde den Betreffenden in eine Trinkerheilanstalt einweisen sollte.[297]
Drei Jahre später heisst es in einem Protokoll:
«Es soll deshalb der Bürgergemeinde... von diesen Vorkommnissen Kenntnis gegeben werden, den Gleichen in eine Besserungsanstalt (Realta) zu verbringen, indem der Stadtrat jede Verantwortlichkeit ablehne.»[298]

5. DIE SPRACHSITUATION

«In den Höhen unseres Bündnerlandes treffen zwei grosse und starke Kulturen aufeinander: diejenige des Mittags und diejenige der Mitternacht... Wir sind die Grenze... Wir Rätoromanen stehen ohne Zweifel noch auf der Seite der Romanen, 'aber' die 'Wellen' der deutschen Kultur schlagen heftig gegen uns, tragen ihren Schaum bis hinauf in unsere Täler und alpine Küsten. Dies bringt uns Vor- und Nachteile. Wenn man sich so auf der Grenze befindet in der Rolle der Mittler zwischen den Kulturen des Nordens und des Südens, haben wir Rätoromanen die Gelegenheit, von beiden Seiten Gutes und Schlechtes zu erhalten. Dies ist für uns ein Vorteil, wenn wir wie unsere Vorfahren nur auf unserer eigenen Erde bleiben, auf der eigenen, wirklich natürlichen Scholle..., wenn wir bloss uns selbst bleiben und mit wahrer Eigenliebe unser traditionelles Rätoromanisch-Sein pflegen.»[299]
Durch den Einbruch der modernen Welt war die romanische Sprache mit ihren verschiedenen Idiomen stark bedroht. Dies war schon lange erkannt worden; man hatte sich darauf eingestellt, Deutsch lernen zu müssen. Camathias schrieb in diesem Zusammenhang des weiteren: «Wir selbst haben Deutsch gelernt und dennoch unseren romanischen Charakter bewahrt.»[300]
Durch die Öffnung der Surselva litt nicht nur das Romanische als Alltagssprache, sondern auch die Kultur als Ganzes. Die Bewegungen

zur Erhaltung der romanischen Sprache und Kultur erlebten gegen das Ende des 19. Jahrhunderts einen Höhepunkt: 1895 wurde die «Società retorumantscha» gegründet, 1896 die «Romania».[301] Diese vereinigte eigentlich Studenten aus dem Vorderrheintal und hiess offiziell «Vereinigung der romanischen Studenten am Rhein». Ihr gehörten jedoch alle Intellektuellen des Oberlandes an. In den folgenden Jahren setzte sich die «Romania» für die Erhaltung der romanischen Sprache im Vorderrheingebiet ein. Eigentlicher Motor der Bewegung war Caspar Decurtins. Sein Engagement belegt die 13-bändige «Rhätoromanische Chrestomathie». Das Vereinsorgan «Igl Ischi» hatte ein hohes kulturelles und wissenschaftliches Niveau. Der Summe all dieser Anstrengungen war es wohl zu verdanken, dass das Romanische um die Jahrhundertwende wieder auflebte. Für die anderen Idiome bestanden ähnliche Vereinigungen wie die «Romania». Der Dachverband, die «Ligia Romontscha», wurde erst 1919 gegründet.[302]

Der eigentliche Kampf um die Erhaltung von Kultur und Sprache fand aber nicht in den Zirkeln der Organisation, sondern in den Dörfern statt. Immerhin aber war die Surselva noch ein relativ kompaktes Sprachgebiet. Billigmeier schreibt:

«In some Romansh areas for most of the nineteenth century, there was never any serious question of using German as the language of instruction in the schools. Indeed in many communities of Surselva school still did not provide instruction in German as a second language at the end of the century.»[303]

In Ilanz gab es – wegen der verkehrsgeografischen Lage – schon immer viele Deutschsprachige. Wie *Tabelle 15* zeigt, betrug ihr Anteil nach dem Jahr 1860 immer wenigstens einen Drittel und wies im Jahr 1910 sogar eine Spitze von 42,7 % auf.[304]

Im Jahr 1900 lebten in Ilanz 81 Menschen, die weder deutscher noch romanischer Muttersprache waren. Dies waren zum grössten Teil Italiener, die als Bauarbeiter tätig waren. 1910 betrug ihre Anzahl noch 61; im Jahr 1920 wieder 74 Personen. Ilanz war also zu einer dreisprachigen Gemeinde geworden. Dass das Zusammenleben einer Bevölkerung, die nicht nur ethnisch verschieden war, sondern auch viele wandernde Arbeitskräfte aus der Unterschicht aufwies, nicht unproblematisch war, belegt Kap. IV, 5.

Wichtige Instrumente im Kampf um die Erhaltung der romanischen Sprache waren die Schulen. In Ilanz war die diesbezügliche Situation besonders schwierig. Schon im Jahr 1831 eröffnete Leutnant Christoffel Pfister eine deutsche Schule. Er lud die Oberländer Jugend beider Konfessionen durch Anschläge an den Stadttoren zum Schulbesuch ein.[305] Die öffentliche romanische Schule gebrauchte paradoxerweise fast ausschliesslich deutschsprachige Lehrmittel.[306]